

Gesehen &amp; gehört

# Welche Spende verlangt Transparenz?

**Kantonsrat** Bald sollen die kantonalen Komitees und Parteien die Sponsoren für ihre politischen Kampagnen offenlegen. Ein erster Einblick.

**Pascal Unternährer**

Die städtische SP war schneller als die kantonale. Jene hat ihren Transparenzvorstoss am vergangenen Mittwoch im Zürcher Stadtparlament eingereicht. «Demnächst» wird die kantonale Version im Kantonsrat folgen, sagt SP-Fraktionschef **Markus Späth**. In der Stadt soll die Herkunft von Spenden ab 5000 Franken für Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees offengelegt werden, im Kanton ab 10'000 Franken.

Die Allianz dahinter ist dieselbe und stellt in beiden Parlamenten die Mehrheit: SP, Grüne, GLP, AL und EVP. Sie sind der Meinung, dass das Stimmvolk das Recht hat, zu wissen, wem gewisse politische Anliegen wie viel wert sind. Das sei wichtig für die Meinungsbildung,

sagt **Markus Bischoff**. Der AL-Kantonsrat und Präsident des Gewerkschaftsbunds findet die Untergrenze aber wichtig, damit Einsätze von weniger als 10'000 Franken ohne zu viel Öffentlichkeit über die Bühne gehen. Eine Kurzumfrage im Kantonsrat ergab, dass es gar nicht so selten ist, dass politische Personen bei Abstimmungen die Gegenpartei unterstützen – und das müsse ja nicht unbedingt publik werden.

Was bedeuten 10'000 Franken für einen kantonalen Abstimmungskampf? Dazu ein paar Referenzzahlen. Ein Flyer-Versand an alle 800'000 Haushalte – auch jene mit «Stopp-Werbung-Kleber» – kostet knapp 120'000 Franken, rechnet die Post auf Anfrage des TA aus. Ein Versand an nur die 231'000 Haushalte ohne Kleber

am Briefkasten kommt deutlich günstiger, nämlich rund 36'000 Franken.

Der Flyereinsatz mit Zweidrittel-Abdeckung war auch der grösste Posten in der Kampagne gegen den Rosengartentunnel, die der VCS angeführt und Anfang Jahr zum Erfolg geführt hat. VCS-Co-Geschäftsführerin und Grünen-Kantonsrätin **Gabi Petri** sagt, die reine Kampagne kostete rund 200'000 Franken, wovon 128'000 Franken vom VCS kamen.

Das war von links-grüner Seite eine der höchstdotierten Kampagnen der vergangenen Jahre. Die Kampagne gegen die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur, bei der die Gewerkschaften und die SP den Lead hatten, kostete gemäss Markus Bischoff etwa 180'000 Franken.

Man kann aber auch mit weniger Geld einen Abstimmungskampf gewinnen. In den 90er-Jahren obsiegte der VCS zusammen mit den Grünen im Kampf gegen höhere Motorfahrzeugsteuern, die dem Strassenbau hätten zugutekommen sollen, gegen alle anderen Parteien mit einer «reinen Schreibtischkampagne», sagt Petri rückblickend. Also mit etwas mehr als 10'000 Franken. «Das geht natürlich nur, wenn man gute Argumente hat.»

Was die Gegenseite jeweils aufwendet, ist geheim. Von bürgerlicher Seite werden kaum je Zahlen genannt. Im Kampf um den Rosengarten war die Gegenkampagne aber mutmasslich besser bestückt.

Ein bisschen bürgerliche Transparenz liefert **Hans-Peter**

**Amrein**. Der SVP-Kantonsrat sagt, er habe aus dem eigenen Sack mehr als 10'000 Franken für seine bürgerliche Kampagne gegen den Rosengartentunnel, also auch gegen die Parteiparole, bezahlt. Amrein findet, dass ein Sponsor erst ab «substanziellen Beträgen», also ab 50'000 Franken, mit Namen hinstehen soll.

Von solchen Zahlen kann die CVP nur träumen. Die Partei, die gemäss Fraktionspräsidentin **Yvonne Bürgin** bis zu den kommunalen Wahlen 2022 «die Mitte» heissen will, könnte dem Transparenzvorstoss «risikolos zustimmen», sagt sie. «Wir erreichen die Spenden-Schwelle von 10'000 Franken kaum je», fügt **Farid Zeroual** hinzu. Bürgin ist trotzdem skeptisch, weil sie an der Überprüfbarkeit der Angaben zweifelt.

## Tatort Tösstal

**Zürcher Krimi** Martin Widmer lässt seine Detektive im Gyrenbad ermitteln. Es geht natürlich um einen Mord.

Seit zwei Wochen hat die Stadt Zürich endlich ihren «Tatort». Und wer in Geschichten Lokalkolorit mag, kam im Film «Züri brännt» durchaus auf seine Rechnung. Vor lauter Nachstudieren, wo eine Szene aufgenommen wurde, verlor man zuweilen beinahe den eigentlichen Fall aus den Augen.

So könnte es Leserinnen und Lesern, die Lokalkolorit mögen, auch im ersten Krimi des Historikers Martin Widmer gehen. Vor allem, wenn man das Tösstal kennt – und liebt. Denn ein wesentlicher Teil des Geschehens spielt sich dort ab. Wir befinden uns in einem Chalet ganz in der Nähe des Gyrenbads bei Turbenthal.

**Die Ausgangslage**

Zwei alte Menschen sitzen auf einer Gartenbank. Als sich ihnen ihre Tochter von hinten nähert, drehen sie sich nicht um. Die Mutter hat den Kopf an die Brust des Vaters gelehnt, als wäre sie eingeschlafen. Ihr Haar ist verklebt. Voll Blut. Das ist die Ausgangslage.

Natürlich kommt der Stadtzürcher Staatsanwalt zu spät zur Rekonstruktion der Tat, weil er ins Girenbad am Bachtel fährt – ein Klassiker in der Region. Eine Schadenfreude für jene, denen diese Verwechslung auch unterlaufen ist, als sie das Tösstal noch nicht kannten und liebten.

Die Detektive sind: ein Journalist namens Konrad Matter, in Sternenbergraben bei den Grosseltern aufgewachsen, Skandinavien-Korrespondent bei der grossen Zeitung an der Falkenstrasse. Er fürchtet um seinen Job und will endlich wissen, wer sein Vater ist. Und seine Jugendliebe, die Polizistin Rahel Reinhart, die in Zürich-Schwamendingen lebt, gerne in der Badi Utoquai schwimmt und sich durchaus wieder vorstellen könnte, erneut etwas mit «Koni» anzufangen. Denn sie ist ein bisschen einsam.

Matter verbringt seine Ferien in der alten Heimat und steigt im Gasthaus Gyrenbad ab. Eine vor-



Der Gasthof Gyrenbad: Hier weilte der Journalist Konrad Mattmann in den Ferien, als sich der Mord ereignete. Foto: TA-Archiv

zügliche Wahl, nicht nur wegen der Ambiance des Hauses, sondern auch wegen der liebenswerten und hilfsbereiten Wirtin.

Der stimmungsvolle Gasthof ist sehr romantisch und gibt Martin Widmer, von Haus aus Historiker, auch Gelegenheit, neben einer erfundenen Ge-



Martin Widmer erzählt einiges aus der Geschichte. Foto: PD

schichte auch so manches aus der Geschichte zu erzählen. Dies beschränkt sich allerdings nicht nur aufs Gyrenbad.

Widmer ist in Stammheim im Zürcher Weinland aufgewachsen und hat bereits Anfang der 90er-Jahre die in Skandinavien verbreitete Idee «Grabe, wo du stehst» vertreten. Hierzulande wurde Lokalgeschichte damals von vielen Historikerinnen und Historikern eher belächelt und gern den Hobbyhistorikern überlassen. Widmer sah das schon früh anders.

Er forschte unter anderem über die ehemalige Seidenweberin Rosenberg im Tösstal und findet offenbar auch jetzt als Krimiautor: «Morde, wo du stehst.»

Oder etwas weniger martialisch: «Ermittle, wo du stehst.»

**Auf Alfred Nobels Spuren**

Die Ermittlungen führen aber auch aus dem Zürcher Oberland hinaus: auf die Brissagoinseln, ins Heidenloch bei Liestal, in den Palazzo Salis in Chiavenna. Dabei begibt er sich unter anderem auf die Spuren von Alfred Nobel, der das Dynamit erfunden und den Nobelpreis gestiftet hat.

Wobei Widmer beziehungsweise Matters Frau – ja, sie kommt auch vor – mehr noch dessen grosse Liebe Bertha von Suttner interessiert, eine überzeugte Pazifistin, die 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis erhielt. So landet

er in Isleten am Urnersee. So schliesst sich auch der Titel des Kriminalromans, der etwas überrascht, da er geografisch das Zürcher Oberland links liegen lässt. Der Titel lautet: Der Vermisste vom Vierwaldstättersee.

Doch am Schluss endet alles wieder im Tösstal. Am Schauenberg. Eigentlich ganz friedlich. Auch wenn der Mann, der dort zusammengesunken auf einer Bank liegt, seinen Frieden nicht gefunden hat.

**Helene Arnet**

Martin Widmer: Der Vermisste vom Vierwaldstättersee. Kriminalroman, Emons-Verlag, 240 S., ca. 19 Fr.

## Kantonsrat weicht den Schutz vor Kündigungen auf

**Personalgesetz** Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Dieses Sprichwort zitierte Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen) gestern im Kantonsrat in den Diskussionen um die Änderung des kantonalen Personalgesetzes. Was er damit meinte, ist: Es soll einfacher werden, Kantonsangestellten zu kündigen.

Dies forderte eine parlamentarische Initiative von Michael Zeugin (GLP, Winterthur) unter dem Titel «Modernisierung des Personalgesetzes». «Modern» bedeutet für Michèle Dünki (SP, Glattfelden) etwas ganz anderes: fünf Wochen Ferien, kürzere Arbeitszeiten... «Diese PI bringt aber nur Verschlechterungen für das Personal», schimpfte sie.

Bis jetzt gilt: Der Vorwurf, der zu einer Kündigung Anlass gibt, muss zuvor in einer Mitarbeiterbeurteilung festgehalten werden. Zudem gilt es eine Bewährungsfrist von sechs Monaten einzuräumen. Weiter ist eine Abfindung von bis zu 15 Monatslöhnen möglich. Neu soll gelten: Es reicht eine schriftliche Mahnung. Wenn die Hoffnung auf Besserung besteht, kann eine Frist von maximal drei Monaten vereinbart werden. Und eine allfällige Abfindung darf höchstens neun Monatslöhne betragen.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) führte als Präsident der vorbereitenden Kommission aus, dass zum Zeitpunkt, da eine Kündigung erwogen werde, ohnehin schon so viel Geschirr zerbrochen worden sei, dass das Arbeitsverhältnis nicht mehr gekittet werden könne. Für Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) ist der Vorstoss ein «Schnellschuss» zuungunsten der Arbeitnehmenden. Eine Aussage, welche Walter Meier (EVP, Uster) mit der Hoffnung auf ein baldiges neues Personalgesetz unterstrich. Ins noch geltende aber wird nun die erleichterte Kündigung einfließen: Der Rat beschloss dies mit 103 zu 58 Stimmen.

**Helene Arnet**

**Im Kantonsrat**

**Mehr Geld für die Zürcher Kantonalbank**

Die ZKB gilt als systemrelevante Bank und muss daher ihre Eigenmittel erhöhen. So kann sie schnell reagieren, sollte sie in finanzielle Not geraten. Der Kantonsrat kommt ihr nun entgegen, indem er das Dotationskapital von 3 auf 3,425 Milliarden Franken erhöht. Insbesondere die GLP, aber auch Teile der Grünen sprachen sich dagegen aus. Laut Cyrill von Planta (GLP, Zürich) sollte der Kanton «nicht noch mehr Risiko auf sich nehmen», nur damit die ZKB billiger zu Geld kommt. Sie solle das zusätzlich benötigte Geld auf dem Kapitalmarkt aufnehmen oder aus eigenen Reserven beisteuern. Der Vorschlag der Finanzkommission wurde mit 133 zu 33 Stimmen gutgeheissen.

**Bezüge aus der Vorsorge werden tiefer besteuert**

Kapitalbezüge aus der beruflichen Vorsorge werden künftig tiefer besteuert. Das hat der Kantonsrat mit 104 zu 59 Stimmen entschieden. Zum Tragen kommt das aber erst bei Bezügen ab etwa einer halben Million, weshalb die linke Seite von einer Steuer zugunsten der Reichen sprach. (net)